

Innerste erst schlechter, dann aber besser?

Am zweiten Tag der Kali-Erörterung rücken vor allem Auswirkungen der Kaliberge auf das Wasser in den Fokus

VON SEBASTIAN KNOPPIK
UND TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/KREIS HILDESHEIM. Welche Auswirkungen hat ein Neustart des Kaliabbaus bei Giesen auf die Salzbelastung der Innerste? Das war eine Kernfrage am zweiten Erörterungs-Tag im Genehmigungsverfahren für das Megaprojekt. Von heute Morgen an sind nun private Einwander eingeladen, um ihre Anliegen mit den Vertretern des Konzerns Kali + Salz und des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) zu diskutieren.

Dr. Ralf Krupp vom Naturschutzverband BUND wies darauf hin, dass schon der bestehende Kaliberg seit Jahren für einen erhöhten Salzgehalt in der Innerste sorgt. „Es fühlt sich niemand verantwortlich, das zu stoppen“, sagte Krupp. K+S-Projektleiter Dirk Uthoff verwies darauf, dass die „Althalde“ nicht Bestandteil des aktuellen Planfeststellungsverfahrens sei. „Das können wir hier und heute nicht beurteilen“, meinte er.

Doch LBEG-Vertreter Andreas Schleicher, der den Erörterungstermin leitet, will den Düngemittel-Konzern nicht so einfach aus der Verantwortung entlassen. „Es wird ein gemeinsames Wasser-Regime geben“, stellt er klar. Mit anderen Worten: Wenn künftig sowohl durch die alte als auch durch die neue Halde Wasser in den Fluss eingeleitet würden, muss sich K+S damit an den heutigen Grenzwerten orientieren. „Es gibt keinen Freifahrtschein“, so Schleicher. Seine Behörde beschäftigt sich derzeit sehr wohl auch mit der Althalde, erklärte Schleicher. Dabei gehe es auch darum, dass auch diese Halde abgedeckt wird: „Es ist nicht akzeptabel, dass das so bleibt. Da tut sich was.“

Auch nach Meinung von Stephan Bellin vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasser-, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) müssen die bestehende und die geplante neue Halde gemeinsam betrachtet werden: „Die Althalde spielt eine entscheidende Rolle für das Wasserrecht. Beide Verfahren gehören zusammen.“

Kritiker fürchten, dass sich die Wasserqualität der Innerste durch die Einleitung zusätzlichen Haldenwassers weiter verschlechtert. Tatsächlich geht auch K+S davon aus, dass der Salzgehalt in den ersten Jahren ansteigt. Allerdings soll laut Gutachten langfristig die Konzentration sogar abnehmen. Der bisherige Grenzwert von 400 Milligramm pro Liter werde dadurch auf lange Sicht fast halbiert, argumentiert der Konzern.



Ein Symbol für die Bergbau-Geschichte ziert die Ahrberger Ortsmitte - doch in keinem Ort sind die Sorgen mit Blick auf einen neuen Kaliabbau so groß. Foto: Abu Ajamieh

Nach Meinung von BUND-Vertreter Krupp ist die Argumentation allerdings unredlich. K+S habe schließlich jahrelang für eine schlechte Wasserqualität durch die alte Halde gesorgt. „Damit nimmt man Kredit durch Verschleppung einer Altlast.“

Kritiker sind grundsätzlich gegen die zusätzliche Halde. K+S-Mitarbeiter Uthoff betonte allerdings noch einmal, dass die Halde für den Konzern nicht verhandelbar sei: „Ohne eine Halde wird es kein Werk Siegfried-Giesen geben.“

Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht fürchtet, dass auch durch Salzaustausch von der Halde das Grundwasser belastet werden könnte. In Giesen wird das sogenannte trockene Verfahren angewendet. Dies führt nach Angaben von Uthoff zu einer „besonderen Situation“. Die Rückstände müssen nämlich zunächst angefeuchtet werden, bevor sie auf der Halde abgeladen werden. K+S plant nun ein Netz von Messstellen. Dieses könne bei Bedarf auch noch aufgestockt werden, etwa indem Messgeräte in privaten Gärten aufgestellt werden. Auf diesen Vorschlag will sich Schleicher aber nicht einlassen. „Mir wäre es lieber, man macht ein größeres Monitoring, dass man bei Bedarf verkleinert“, sagte er.

BI-Vertreter Ingo Fietz kritisierte, dass den Planungen zufolge ausgerechnet die westliche Seite der neuen Halde während des Bergwerkbetriebs nicht abgedeckt sein wird. Der Wind komme aber in Giesen vorzugsweise aus Westen. „Der Wind wird immer über die offene

Flanke wehen und das Material in Richtung Giesen verteilen“, sagte Fietz.

Der BUND fürchtet, dass die neue Giesener Halde zu einer Deponie werden könnte. Dies ist nach Angaben von Ralf Krupp auch bei der Kalihalde in Sehnde so geschehen. „Das Bergrecht ist missbraucht worden, um eine Sondermülldeponie auf dem Kaliberg zu errichten“, sagte Krupp. K+S-Rechtsanwalt Dr. Matthias Vogt wies dies zurück. Es handle sich in Sehnde nicht um eine Sondermülldeponie, sondern um eine „Abfallverwertungs-Maßnahme“.

Auch zahlreiche weitere Themen wurden an den ersten beiden Tagen des Erörterungstermins teilweise intensiv diskutiert.

Thema Wertminderung von Immobilien: Die BI wollte wissen, ob die Bürger in der Nähe des Abbaus für den „zu erwartenden Wertverfall ihrer Grundstücke“ entschädigt würden. Wohl gar nicht, so die klare Antwort der Bergbau-Behörde LBEG: „Entschädigungen kann es nur bei unzumutbaren Belastungen geben – aber Ziel dieses Verfahrens ist ja gerade, diese auszuschließen.“

Allerdings wies das LBEG darauf hin, dass im Fall eines Bergwerks-Betriebs die Beweislast bei Schäden an Gebäuden bei K + S liege: „Das Unternehmen müsste nachweisen, dass seine Tätigkeit die Schäden nicht verursacht hat.“ Die BI erneuerte ihre Forderung nach einer neutralen Schiedsstelle – K + S blieb dabei, eine solche Institution abzulehnen.

Thema Bodensenkungen: K+S-Vertreter Johannes Zapp wiederholte die Positi-

on des Konzerns, dass es zwar zu Bodensenkungen kommen könne, aber so minimal, dass niemand das spüren werde. Für Ahrbergen reche er mit 0,13 Millimetern je Meter in 40 Jahren. Bei einem zehn Meter breiten Haus bedeute das 1,3 Millimeter Höhenunterschied in 40 Jahren: „So genau arbeitet kein Fliesenleger.“ Die Forderung von BI-Vertreter Dirk Fietz, einen Kaliabbau direkt unter der Ortschaft Ahrbergen auszuschließen, erfüllte Zapp aber nicht: „Es ist nicht geplant, unter einer Ortschaft abzubauen – aber ich kann es nicht völlig ausschließen, falls wir später dort Vorräte finden.“ Sowohl die BI als auch die Stadt Sarstedt machen sich Sorgen, welche Auswirkungen der Kaliabbau langfristig auf den Verlauf von Hochwassern haben könnte.

Thema Sprengungen: Zapp versicherte, bei allen Sprengungen werde aufgrund der Tiefe sowie der Entfernung von den Orten jedweder Lärm-Grenzwert eingehalten. Die Stadt Sarstedt forderte gleichwohl intensive Analysen und Messungen für den langfristig erwarteten Fall, dass der unterirdische Abbau näher an den Stadtteil Gieselberg heranrückt. Das sagte K + S zu.

Thema Straßen: Wie kommen Baufahrzeuge und später Lastwagen und Autos zum Giesener Schacht? Darüber, wie problematisch das ist, gehen die Einschätzungen bei K + S und der Gemeinde Giesen auseinander. Die Gemeinde ist der Auffassung, dass „Stand heute eine Erschließung des Werks nicht möglich wäre“. Dazu müssten wohl der Latherwischweg südlich des Kalibergs, der Feld-

weg nördlich davon sowie die Schachtstraße deutlich ausgebaut werden – was nicht so einfach sei, da die Gemeinde dafür Grund dazukaufen müsste. Ihr Anwalt Dr. Karl-Ludwig Grages sprach gar eine „Möglichkeit von Enteignungen“ an, für die es derzeit keine Rechtsgrundlage gebe.

K + S stellte sich auf den Standpunkt, dass die Frage der Zufahrt zum Bergwerk nicht Teil der Gesamt-Genehmigung durch das LBEG sein müsse. Allerdings strebe man eine „einvernehmliche Lösung“ mit der Gemeinde an. Vom Tisch ist die Idee, eine neue Verbindungsstraße von der Bundesstraße 6 südlich an Ahrbergen vorbei zu bauen: Der Giesener Gemeinderat hat das wie berichtet abgelehnt.

Von heute an treffen in der Halle 39 private Einwander und K + S unter Moderation des LBEG aufeinander. Vorgehen sind dafür drei Tage. Die Erörterung ist nicht öffentlich.

Das Bergrecht ist missbraucht worden für eine Sondermülldeponie

Ralf Krupp, BUND



Ein Abbau unter Ahrbergen ist nicht geplant, aber auch nicht auszuschließen

Johannes Zapp, Kali + Salz



KOMMENTAR

VON TAREK ABU AJAMIEH



Ernüchternd

Keine Kompromisse: Das war an den ersten beiden Tagen die klare Linie von Kali + Salz. Und nichts spricht dafür, dass sich das ändert. Der Konzern fühlt sich mit seinen Plänen für Giesen sehr sicher, hat in vielen Punkten offenbar tatsächlich eine starke rechtliche Position. Für die Anlieger ist das eine schlechte Nachricht. Wenn ab heute die privaten Einwander auf die Konzernvertreter treffen, dürfte es deshalb viel Unmut geben.

Vor allem für viele Ahrberger gibt es zwei Knackpunkte, die sich direkt auf ihr Alltagsleben auswirken würden: Die Kalibahn und die Entlüftung des Bergwerks im Schacht Fürstenhall. Beide Punkte sind für K + S offenbar nicht verhandelbar, was speziell mit Blick auf die Bahnstrecke starker Tobak ist. Denn die bis zu 700 Meter langen Kali-Züge würden quasi durch die Vorgärten vieler Bürger rollen, die beim Kauf der Grundstücke keinen Grund hatten, anzunehmen, dass sich auf den Schienen jemals wieder etwas tut. Mag eine neue Strecke auch Millionen kosten – angesichts von Gesamtinvestitionen von einer halben Milliarde Euro ist die Forderung nach mehr Entgegenkommen hier verständlich und berechtigt.

Es ist logisch, dass das Unternehmen freiwillig nicht mehr Geld ausgeben will, als es unbedingt muss. Vielleicht ist dies aber ein Punkt, an dem die Genehmigungsbehörde einhaken kann – im Sinne des Anliegerschutzes.

Bei anderen Themen ist das schwieriger. Die Position des Konzerns, ohne zweiten Kaliberg sei der Bergwerks-Betrieb weder technisch noch wirtschaftlich möglich, konnten die Kritiker bisher nicht überzeugend widerlegen. Auch die Umkehr der Luftzirkulation im Schacht und damit dessen Entlüftung an anderer Stelle als am Ahrberger Ortsrand scheint schwer zu realisieren. Hier sind bestmögliche Filter das Mindeste. Denn ein Argument der Bürgerinitiative ist nicht von der Hand zu weisen: Seit der Schließung des Schachts haben sich Giesen und Ahrbergen von Bergbau- zu Wohnorten gewandelt, darauf gilt es Rücksicht zu nehmen.

Als heikel könnte sich die Frage der Salzbelastung der Innerste entpuppen. Die LBEG-Vertreter hielten bei diesem Thema immer wieder scharf nach und offenbarten zugleich, selbst noch juristischen Klärungsbedarf zu haben.